

Frauen Union
CDU Düsseldorf

FU!



AUF EIN WORT



Die Frauen Union Düsseldorf beim Bundesdelegiertentag in Stuttgart.
(von links: Sylvia Pantel, Angelika Stempel, Silvia Gränzdörffer-Bucher, Martina Meurer-Langhold)

SYLVIA PANTEL

VORWORT

Die Kommunalwahl ist jetzt schon fast ein Jahr her und endete mit einem guten Ergebnis für die CDU Düsseldorf, die stärkste Partei wurde. Auch unser Oberbürgermeisterkandidat Dr. Stephan Keller setzte sich in der Stichwahl klar gegen seinen Kontrahenten Thomas Geisel als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf durch. Corona machte den Wahlkampf nicht einfacher. Öffentliche Veranstaltungen konnten so gut wie gar nicht stattfinden und so fand vieles nur digital statt.

Aber nach der Wahl ist auch immer wieder vor einer Wahl. Am 26.09.2021 findet in diesem Jahr die Bundestagswahl statt. Ich kandidiere zum dritten Mal im Wahlkreis Düsseldorf Süd und hoffe, dass ich auch diesmal den Wahlkreis wieder direkt gewinne. Auch jetzt ist Corona noch nicht vorbei, aber es gibt verhaltenen Grund zum Optimismus. Immer mehr Menschen sind bereits geimpft, die Zahlen gehen weiter runter und so langsam normalisiert sich alles wieder. Aber trotzdem dürfen wir nicht leichtsinnig werden und müssen uns auch weiter noch an die eine oder andere Vorschrift halten.

Deutschland bekommt nach 16 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel in jedem Fall eine neue Kanzlerin oder einen neuen Kanzler und wir werden alles tun, damit die CDU wieder den Kanzler stellt.

Es wird sicherlich nicht einfach, aber ich weiß, dass ich mich auf die Unterstützung der Mitglieder meines Wahlkreises und natürlich besonders auf die Düsseldorfer Frauen verlassen kann. Nur gemeinsam können wir die Wahl gewinnen.

Auf den nächsten Seiten finden Sie Textbeiträge von Frauen unseres Vorstandes zu den verschiedensten Themen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



Ihre

Sylvia Pantel

SYLVIA PANTEL MDB

Kreisvorsitzende
Frauen Union Düsseldorf

SABINE SCHUMANN

DAS NEUE WIR IST SICHTBAR UND ERFOLGREICH – FRAUEN IN DER POLIZEI – FRAUEN IN DER GESELLSCHAFT

Die Geschichte von Frauen in der Polizei ist eine lange Erzählung über Irrtümer, Missverständnisse, Fehleinschätzungen und Versäumnisse – aber sie ist auch und vor allem eine Erfolgsgeschichte! Heute haben wir uns daran gewöhnt, dass es keine Funktionen in der Polizei gibt, die unseren Kolleginnen von vornherein verwehrt sind, gut so. Man müsste schon einige Jahrzehnte zurückschauen, um eine Polizei zu sehen, in der weibliche Beschäftigte nur in ausgesuchten Verwendungen sein konnten.

Sparen wir uns die Kaiser- und Kriegsjahre, genauso wie die Aufbaujahre der Bundesrepublik, das waren frustrierende Jahrzehnte für Frauen, nicht nur in der Polizei übrigens. Unsere gesamte Gesellschaft war geprägt von nahezu ausschließlich männlichen Vorstellungen, Denk- und Verhaltensmustern, die Polizei war nicht frei davon. Frauen sollten höchstens „Polizeiassistentinnen“ oder „Polizeifürsorgerinnen“ sein, um die in den Köpfen vieler Männer nach wie vor existierenden „Frauenbilder“ auch für die Zukunft zu zementieren. Bis in die 80er Jahre hinein galt die Einstellung von Frauen in die Schutzpolizei als „Experiment“.

Viele Rechte mussten erkämpft werden, das Wahlrecht, die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, überhaupt berufstätig zu sein, der gleichberechtigte Zugang zu allen Ämtern und Funktionen und viele andere Dinge mehr, die heute selbstverständlich sind. Ist die



Entwicklung also zu Ende? Nein, leider nicht. Denn noch immer existieren strukturelle Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft, im öffentlichen Dienst und natürlich auch in der Polizei. Und es würde den Rahmen sprengen, alle diese Herausforderungen aufzuzählen, denen sich unsere Kolleginnen noch immer täglich stellen müssen.

Es gibt viele Fortschritte, die Arbeit unserer Frauenvertretungen in den Behörden und in der DPolG zeigt sichtbare Erfolge. Aber auch wenn etliche Kolleginnen die Karriereleiter ganz nach oben geschafft haben, muss Gleichstellungspolitik auch in Zukunft dafür sorgen, dass Hindernisse beiseite geräumt, Vorurteile abgebaut und stereotype Verhaltensmuster und Reaktionen als solche erkannt und endgültig in die Mottenkiste der Vergangenheit gepackt werden und für immer verschwinden.

Gerne einige aktuelle Beispiele: „Die Kollegin muss sich schon entscheiden, ob sie Kinder haben oder Karriere machen will!“, „Teilzeit ist immer auch nur Teilleistung!“, „Wenn wir ihr schon ermöglichen, dass sie ihren mütterlichen Pflichten nachkommt, kann sie doch nicht noch bei den Beurteilungen bevorzugt werden!“, „Nach der Erziehungszeit muss sie sich erst einmal wieder beweisen, um für eine

Beförderung in Betracht zu kommen!“ – und viele andere diese Aussagen stammen nicht aus irgendeiner Stammtischrunde, sondern von Führungskräften, die mit ihrem Votum in Beurteilungen die Weichen für Karrieren stellen oder eben auch nicht. Und da kommt es auch vor, dass eine dreifache Mutter, trotz Schichtdienst, Personenschutzlehrgang und herausragenden Leistungen nur einmal in 26 Berufsjahren befördert wurde am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn.

Ähnliches gilt für Beurteilungen und Ausschreibungen, auch dort muss endlich Schluss sein mit Stereotypen, die Frauen benachteiligen, eine dankbare Aufgabe für die CDU, die ihre Möglichkeiten nutzen sollte, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche Bilder durch Sprache in den Köpfen erzeugt werden. Oder einfach gesagt, woran denken sie bei der Überschrift „Polizist rettet Familie aus brennendem Auto“. Genau- nicht an eine Frau im Schichtdienst mit 2 Kindern, die von Beruf Polizistin ist. In diesem Fall heißt die Kollegin Doreen. Eine Tat, die wieder einmal einen „Helden“ und keine „Heldin“ in den Köpfen der lesenden Personen manifestiert. Nein, ich will keinen Aufschrei zur gendergerechte Sprache hervorrufen, ich will die vielen weiblichen Vorbilder in der Polizei sichtbar machen. Junge Mädchen brauchen Vorbilder, um sich selbst in einer Rolle sehen und sie überzeugt annehmen zu können. Hier muss die Politik zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Polizei und im öffentlichen Dienst beitragen und diese Erkenntnisse insgesamt umwandeln.

Es gibt noch jede Menge zu tun, auch wenn Frauen an vielen Stellen es bereits in Führungsfunktionen geschafft haben. Tatsache ist, dass sie trotz besserer Leistungen in ihrer Ausbildung in diesen Führungsfunktionen noch immer unterrepräsentiert sind, das muss sich ändern!

Mit der gesicherten Wortmarke **#sichtbarist-dasneueWir** und dem seit 2015 in Umlauf gebrachte neue Logo der DPolG Bundesfrauenvertretung haben wir die Erkennbarkeit und Identifizierung deutlich erhöht. Denn genau darum geht es, um Sichtbarkeit und Wahrnehmung und daraus resultierende Mitsprache, um Problembewusstsein zu schaffen, wo es nötig ist. Wir erleben eine Zeit, in der winzige Minderheiten für großes Aufsehen sorgen und politische Entscheidungen massiv beeinflussen. Überall wird heftig darüber gerungen, wie wir angeblich sprechen sollen und bunte Fahnen wehen an öffentlichen Gebäuden. Ich wünschte mir, die Hälfte der Bevölkerung, also wir Frauen, hätten ähnliche Aufmerksamkeit.

Mit Sylvia Panthel haben wir Frauen eine starke Stimme in der CDU und im Deutschen Bundestag, ich freue mich immer wieder über viele Begegnungen und spannende Gespräche.

SABINE SCHUMANN

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)

SYLVIA PANTEL

"GENDERZEICHEN"-DISKUSSION IN DÜSSELDORF

Unsere Sprache ist verständlich und präzise, von frauenfeindlich kann keine Rede sein

Kompromisse in der Politik sind wichtig, aber es kann nicht gut gehen, wenn jeder macht, was er will oder schreibt, wie er will. Unsere Sprache hat Regeln! Die Grünen setzen im Stadtrat das Gendersternchen ein. Als CDU halten wir uns hin-gegen an das verbindliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung und verzichten auf verwirrende Abweichungen, die weder der Gleichberechtigung von Frauen konkret weiterhelfen, noch unsere regelkonforme Sprache klarer machen. Der Bündnisvertrag der CDU mit den Grünen für den Düsseldorfer Stadtrat liegt einmal in Deutsch (für die CDU) und ein zweites Mal mit Gendersternchen vor (für die Grünen). Dabei ist die Frage, welche Schreib- und Sprechweise richtig ist, für alle deutschsprachigen Länder und Regionen klar geregelt durch den Rat für deutsche Rechtschreibung. Das zwischenstaatliche Gremium wurde von den staatlichen Stellen damit betraut, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und die Rechtschreibung auf der Grundlage des orthografischen Regelwerks im unerlässlichen Umfang weiterzuentwickeln. Der Rat ist somit die maßgebende Instanz in Fragen der deutschen Rechtschreibung und gibt mit dem amtlichen Regelwerk das Referenzwerk für die deutsche Rechtschreibung heraus. Zum Gendersternchen wurde erst in diesem Jahr ausdrücklich ausgeführt:

"Der Rat für deutsche Rechtschreibung bekräftigt in seiner Sitzung am 26.03.2021 seine Auffassung, dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll und sie sensibel angesprochen werden sollen. Dies ist allerdings eine gesell-



schaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe, die nicht allein mit orthografischen Regeln und Änderungen der Rechtschreibung gelöst werden kann. Das Amtliche Regelwerk gilt für Schulen sowie für Verwaltung und Rechtspflege. Der Rat hat vor diesem Hintergrund die Aufnahme von Asterisk ("Gender-Stern"), Unterstrich ("Gender-Gap"), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen."

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages unter dem Titel „Rechtsverbindlichkeit der Verwendung der deutschen Rechtschreibung in Schulen und anderen Einrichtungen“ vom vergangenen Jahr kommt zu dem Ergebnis: Das Regelwerk „Deutsche Rechtschreibung. Regeln und Wörterverzeichnis“ ohne Genderzeichen ist bereits verbindlich. Alle Beamten und Angestellten des Bundes sollen also die Normsprache ohne Stern, Lücke, Unterstrich oder Doppelpunkt verwenden. Wir sollten also die Vorgaben des Rats für deutsche Rechtschreibung vor Ort auch in Düsseldorf umsetzen. Das schließt natürlich nicht aus, dass die

weibliche und männliche Form dort, wo es Sinn macht, gebraucht werden sollte.

Unsere Gesetze benutzen keine Genderzeichen. Der Versuch des Bundesjustizministeriums, ein Gesetz zum Insolvenzrecht nur mit weiblichen Endungen, wie zum Beispiel Gläubigerinnen, vorzulegen, scheiterte. Am Ende wurde das Gesetz in verständlichem Deutsch nach dem Regelwerk der deutschen Rechtschreibung vorgelegt und beschlossen. Es ist praxisfern, zu glauben, dass die Verwässerung unserer Sprachregeln der Gleichberechtigung hilft. Frauen können alles, und die deutsche Sprache ist keine frauenfeindliche Sprache. Mit Gleichberechtigung oder Berücksichtigung von Diversität haben Stern, Lücke, Unterstrich oder Doppelpunkt nämlich nichts zu tun. Das zeigen zwei Drittel weiblicher Studienanfänger für den Arztberuf. Es machen sehr viele Frauen ihren Facharzt, und ich kenne auch keinen Mann, der sich davon abhalten ließe, eine Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik zu beginnen, obwohl die Fachkraft immer weiblich ist!

Auch die „taz“ schrieb dazu, dass die Gendersprache viele ausschließe. Unter der Überschrift "Symbolkämpfe in der Sackgasse" zieht die Zeitung unter anderem den Schluss: "Der bürokratische Umgang mit der Sprache beim Thema Gendern erzeugt Unbehagen. Die Sprachentwicklung im Deutschen ist partizipativ, sie vollzieht sich unkontrolliert im lebendigen Dialog der Sprachgemeinschaft. Das ist ein hoher freiheitlicher Wert. Es freut mich sehr, dass die Frage, ob wir durch diese unpräzise und ungenaue Veränderung unserer Sprache überhaupt etwas für die Gleichheit der Geschlechter tun, jetzt breit diskutiert wird.

Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht keinen Sinn in der aufgezwungenen Gendersprache und lehnt sie ab. Sprachgefühl, stilistischer Ausdruck und präzise Bezeichnungen prägen unsere Sprache. Sie ist zu wertvoll,

um sie politisch zu instrumentalisieren. Anstatt sprachliche Experimente zu betreiben, sollten wir lieber konkrete Probleme lösen, wie die Stärkung von benachteiligten Frauen und die Achtung von Diversität. Deutschland ist ein weltoffenes, frauenfreundliches und tolerantes Land mit einer schönen, differenzierten Sprache, die allen Geschlechtern gerecht wird. Es gibt also verbindliche, allgemein gültige Regeln, die auch in Düsseldorf angewendet werden sollten. Die deutsche Sprache ist in dieser Hinsicht klar geregelt und es ist schade, dass die Grünen glauben, hier machen zu können, was sie wollen.

SYLVIA PANTEL MDB
Kreisvorsitzende FU
Düsseldorf

GEWALT GEGEN FRAUEN UND KINDESMISSBRAUCH MUSS AKTIV BEKÄMPFT WERDEN

Symbolpolitik hilft Frauen in Deutschland und Europa nicht weiter

Jede Gewalt gegen Frauen, verbale Drohungen, Körperverletzungen oder sogar Mord sind gesellschaftlich zu ächten, zu verfolgen und hart zu bestrafen. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren verschiedene erfolgreiche Maßnahmen, insbesondere niedrig- schwellige Beratungsangebote unterstützt und Gelder bereitgestellt. Am "Runden Tisch Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen", der jetzt seinen Abschluss für diese Legislaturperiode gefunden hat, habe ich sehr gerne teilgenommen. Denn der „Runde Tisch“ trägt zur Vernetzung von Bund und Ländern beim Gewaltschutz bei. Um zusätzliche und erforderliche Plätze in Frauenhäusern sowie den Umbau zur Barrierefreiheit zu unterstützen, stellt der Bund nun bis 2024 jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie haben wir bereits einiges erreicht. Kindesmissbrauch wurde als Verbrechen mit einem Mindeststrafmaß von einem Jahr Freiheitsstrafe eingestuft. Richter können nun leichter Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung anordnen. Auch die Verbreitung, der Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie werden künftig im Strafgesetzbuch klar als Verbrechen eingestuft: Wer es unternimmt, einen kinderpornographischen Inhalt, abzurufen oder sich den Besitz an einem solchen Inhalt zu verschaffen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft. Wer einen kinderpornographischen Inhalt ver-

breitet oder der Öffentlichkeit zugänglich macht, wird nun mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

Eine wichtige Forderung, für die ich mich ebenfalls eingesetzt habe, war zudem das Verbot der Kindersexpuppen, also Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild. An solchen Puppen werden schwerste Gewalttaten an Kindern eingeübt. Die Puppen konnten vor unserem Verbot ganz problemlos im Internet bestellt werden, obwohl Sexualpsychologen vor der Verbreitung dieser Puppen eindringlich warnten. Jetzt sind Erwerb, der Besitz und das Inverkehrbringen von Kindersexpuppen endlich verboten.

Neben den vielen Einzelmaßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, wie etwa das erfolgreiche Hilfetelefon für von gewaltbetroffene Frauen oder einer digitalen Frauenhauskarte, lohnt es sich, das Thema in einen größeren Zusammenhang zu sehen. Dabei sollten wir sehen, welche schwierigen Entwicklungen für Frauenrechte um uns herum vor den Außengrenzen der Europäischen Union geschehen. In einigen Nachbarländern der Europäischen Union haben wir Strukturen und Machthaber am Werk, die Frauenrechte beschneiden und den Schutz vor Gewalt gegen Frauen aktiv vernachlässigen. Besonders offensichtlich wird das am Beispiel der Türkei.

Der türkische Präsident Erdogan hat im März 2021 den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention beschlossen. Deutschland, die EU und viele andere internationale Akteure haben noch vor wenigen Monaten zu Recht den Austritt Ankaras aus der Istanbul-Konvention beklagt. Auch ich habe dazu im Deutschen Bundestag gesprochen. Die rechtlich bindende Konvention, die auch Deutschland unterschrieben hat, soll Frauen vor Gewalt, vor allem häuslicher Gewalt, bewahren. Doch die Fälle von Gewalt an Frauen in der Türkei sind in

den letzten Jahren immer weiter gestiegen. So wurden allein im Jahr 2019 offiziell 474 Frauen getötet. Die Dunkelziffer liegt dabei wahrscheinlich noch höher.

Mir ist es wichtig, das Thema des Austritts auch einige Monate später noch einmal in Erinnerung zu rufen. Bis auf das allgemeine Beklagen ist leider wenig geschehen. Die EU-Kommission hat Ende Juni ein neues Milliardenpaket zur Unterstützung der Türkei vorgeschlagen. Die Kommission in Brüssel will die Regierung in Ankara mit einem Paket in Höhe von 3,5 Milliarden Euro vor allem im Bereich der Flüchtlings- und Bildungspolitik unterstützen. Eine halbe Milliarde ist bis Anfang 2022 angekündigt, von 2022 bis 2024 sollen pro Jahr eine Milliarde Euro an die Türkei gehen.

Die derzeitige in der Türkei vorherrschende Missachtung von Frauen, die daraus folgende Gewalt gegen Frauen und der fehlenden Schutz bleiben aber ein großes Problem. Durch neue EU-Türkei-Verträge, Milliarden-Summen und Symbolpolitik werden wir die Missstände bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in der Türkei leider nicht beheben. Wir wissen, dass die Verabschiedung eines Abkommens allein noch lange keine Gewalt an Frauen verhindert. Denn die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen steht ohne Maßnahmen nur auf dem Papier. Aber: Bei den Verhandlungen der Europäischen Union hätte ich mir gewünscht, dass zur Durchsetzung unserer Interessen der gezielte Ausstieg aus der Istanbul-Konvention erneut kritisiert worden wäre. Die derzeitige türkische Regierung zeigt nämlich, dass sie nicht vorhat, Gewalt an Frauen zu bekämpfen. Für den weiteren Umgang mit der türkischen Regierung darf dies nicht ohne Folgen bleiben.

SYLVIA PANTEL MDB
Kreisvorsitzende FU
Düsseldorf

CORONA UND DIE FOLGEN

Wer hätte das gedacht, dass der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, einmal so bekannt ist, wie die Tagesschausprecher oder der Gesundheitsminister?

Corona macht's möglich. Seine Prognosen und die Zahlen des RKI haben uns die letzten Wochen und Monate begleitet und unser Leben im Wesentlichen bestimmt. Denn sie waren die Grundlagen für die Einschränkungen in der Coronaschutzverordnung und letztendlich auch für die bundesweite Notbremse mit erheblichen Grundrechtseinschränkungen.

Langsam verbessern sich die Zahlen, Lockerungen rücken näher und die Hoffnung, in den Sommerferien doch noch in Urlaub fahren zu können, hebt die Laune der Menschen deutlich.

An dieser Stelle muss noch einmal gesagt werden, dass es Ende April Tage gab, an denen die freien Kapazitäten der Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen nahezu nicht mehr vorhanden waren und Verlegungen in andere Bundesländer nötig gewesen wären. Die Belastungen des medizinischen und pflegerischen Personals waren und sind regional noch heute maximal.

Die Verbesserung der Inzidenzzahlen und die zunehmende Impfquote lassen hoffen, dass die Normalität langsam wieder in unser Leben zurückkehrt.

Die Impfungen im Düsseldorfer Impfzentrum sind gut organisiert und es gibt durchweg positive Rückmeldungen. Die Priorisierung für eine Corona Impfung ist seit dem 07. Juni 2021 entfallen. Die Anzahl der Impfdosen bestimmt die Menge der zu vergebenen Termine und ist ein entscheidender Faktor für das Impftempo.

Die Hausärzte können seit einiger Zeit ebenfalls im Rahmen der Impfverordnung Patientinnen und Patienten impfen und erhalten den



Impfstoff direkt über ein Verteilsystem des Bundes, wogegen die Impfzentren aus Landeszuweisungen beliefert werden.

Seit Anfang Juni konnten auch die Betriebsärzte mit ihren Impfungen beginnen. Hier bestimmte der Bund die Unternehmen und Betriebe, die zuerst impfen durften und lieferte auch den entsprechenden Impfstoff. Das Land hatte dabei keine Einflussmöglichkeit.

Es ist damit zu rechnen, dass die Impfungen der Betriebsärzte die Impfquote weiter schnell erhöhen wird.

Im Landtag gibt es seit Ende April ein Corona-Begleitgremium, das sich mit den Folgen von Corona und zukünftigen Strategien in einer Pandemie auseinandersetzt.

Hier sollen auch mit Hilfe diverser Experten die Fehler der Pandemie analysiert und Lösungen erarbeitet werden.

Im Vordergrund steht dabei zunächst die Frage, ob und wie es mit Impfungen von Kindern bestellt ist und in welchem Zeitrahmen Auffrischungsimpfungen nötig sind.

ANGELA FRANKENHAUSER
Beisitzerin im FU Kreisvorstand
Düsseldorf

KINDERSCHUTZ SICHERN DURCH INTERKOLLEGIALEN ÄRZTEAUSTAUSCH

Im Artikel 6 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen heißt es in Absatz 1:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft.“

Mit dieser verfassungsrechtlichen Verankerung wird in Nordrhein-Westfalen der Schutz von Kindern und Jugendlichen besonders gewürdigt: Kinderschutz ist ein hohes Gut, zu dessen Verwirklichung der Staat und die Gesellschaft gleichermaßen beizutragen haben, und zwar insbesondere dort, wo die zur Sorge Berechtigten und Verpflichteten ihrem Schutzauftrag nicht gerecht werden.

Die Vorfälle auf dem Campingplatz in Lügde und die weiteren entdeckten Kindesmissbräuche in Nordrhein-Westfalen haben zu einem Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz geführt.

Mit vielen Bausteinen soll versucht werden, Kinder vor jeder Art der Misshandlung zu schützen, die oftmals im unmittelbaren familiären Umfeld stattfindet. Dafür ist es nötig, dass außenstehende Dritte, wie Erzieherinnen und Erzieher oder auch Lehrerinnen und Lehrer einen ganzheitlichen Blick auf die Kinder haben und bei einem Verdacht Ansprechpartner im Jugendhilfesystem finden können. Eine besonders wichtige Rolle spielen die Kinderärzte, denen die meisten Kinder im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen vorgestellt werden.

Das ist insbesondere dann wichtig, wenn Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder misshandeln, häufiger den Arzt wechseln, um ihre

Misshandlungen zu vertuschen (sogenanntes „Doctor-hopping“).

Wenn der jeweilige Arzt den Verdacht auf Kindesmisshandlung hegt, ist es den betroffenen Ärztinnen und Ärzten grundsätzlich nicht erlaubt, sich ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten - und damit möglicherweise der Täter - über ihre Befunde und einen hinreichenden Verdacht auf Kindesmisshandlung mit Kollegen auszutauschen. Denn: Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient basiert auf der ärztlichen Schweigepflicht. Der Arzt ist hier in einem ständigen Konflikt zwischen einer strafbaren Verletzung der Schweigepflicht auf der einen Seite und dem Verdacht auf Kindesmisshandlung auf der anderen Seite.

Der Bund hat im Mai 2021 im Rahmen der Verabschiedung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes den Ländern die Möglichkeit zum interkollegialen Ärzteaustausch eingeräumt. Dies greift Nordrhein-Westfalen auf und ist auf dem Weg, diese Möglichkeit umzusetzen, um Rechtssicherheit für die Ärztinnen und Ärzte zu schaffen zum Schutz der Kinder und zur Verhinderung von Kindeswohlgefährdungen.

ANGELA FRANKENHAUSER
Beisitzerin im FU Kreisvorstand
Düsseldorf

BIRGIT SCHENTEK

KONKURRENZ ODER GLEICHBERECHTIGTES MITEINANDER?

Zunehmend müssen wir in den Bezirksvertretungen und im Stadtrat wahrnehmen, dass die unterschiedlichen Verkehre gegeneinander aufgerechnet werden.

Parkplätze fallen zu Gunsten von Radwegen und Gehwegen weg und Fahrbahnen fallen zu Gunsten von Radwegen weg. Es scheint ein Verdrängungswettbewerb zu herrschen, den Autoverkehr aus der Stadt herauszuhalten. Sicher ist eine Verkehrswende in Anbetracht der Umwelt dringend von Nöten. Dennoch darf man nicht verkennen, dass Düsseldorf eine Pendlerstadt ist und gerade auch die Außenbezirke nicht optimal an den ÖPNV angebunden sind.

Hier gilt es, den Ausbau des ÖPNV zu forcieren. Pendlerverkehre kann man z.B. durch Park & Ride Parkplätze reduzieren. Hierfür fehlen aber leider auf dem städtischen Gebiet Düsseldorf die erforderlichen Flächen. Gerade in diesen Fällen muss es interkommunale Gespräche mit unseren Nachbarstädten geben, die von den Arbeitsplätzen und dem Freizeitangebot Düsseldorfs profitieren. Solche Gespräche haben wir seitens der Bezirksvertretung 6 mit Ratingen begonnen. Hier wäre der sichere Ausbau des vorhandenen Fahrradweges, eine Veränderung des Preisstufensystems der VRR sowie die Schaffung eines Park & Ride Parkplatzes mit einer Fahrradstation wünschenswert.

Gleichzeitig halte ich es für einen Fehler, Fahrradwege auf Hauptverkehrsachsen zu Lasten dieser auszubauen. Vielmehr sollte man die Parallelstraßen untersuchen, ob diese durch eine Radwegeverbindung eine praktikable Lösung darstellen. So kann der Autoverkehr

fließen und die Fahrradverkehre sind von Abgasen geschützt auf Parallelrouten unterwegs.

Darüber hinaus müssen Möglichkeiten gefunden werden, um ausreichend Parkplätze in Wohngebieten zu schaffen bzw. sicherzustellen. Hier sollte die von der Ampel geänderte Stellplatzsatzung nochmals auf den Prüfstand. Gerade bei Neubauvorhaben sollten ausreichend Stellplätze für Autos und Fahrräder festgeschrieben werden.

Auch die in den letzten Jahren praktizierte Strategie, das halbhüftige Parken in Wohngebieten mit hohem Parkdruck zu legalisieren, sollte weiterverfolgt werden. Allerdings – und das ist unumstritten – müssen die Gehwege für Mobilitätseingeschränkte Menschen sowie Kinderwagen nutzbar bleiben. Das gilt insbesondere für die Kreuzungsbereiche, die gemäß den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung frei zu halten sind.

Eine Verkehrswende für Düsseldorf ist nicht einfach, aber umsetzbar. Wichtig hierbei ist es aber, ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehre zu ermöglichen. Denn Düsseldorf ist zu dem geworden, was es heute ist, weil es ein Magnet in NRW für die Ansiedlung von Firmen ist. Diese brauchen wir, um soziale Angebote in der Stadt in gewohnter Weise vorhalten zu können.

BIRGIT SCHENTEK

Stellv. Kreisvorsitzende der Frauen Union Düsseldorf

Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk 6 Ratsfrau für Lichtenbroich/Unterrath-Ost

BIRGIT SCHENTEK

AUSGEWOGENHEIT IN DEN STADTTTEILEN SICHERSTELLEN

Wie wichtig es ist, schon frühzeitig wachsam Entwicklungen in den Stadtteilen zu beobachten, zeigt sich immer wieder. Ist ein Stadtteil sozial belastet, muss es oberste Priorität sein, das Fortsetzen eines Abwärtstrends zu verhindern und durch intelligente Maßnahmen dem entgegen zu wirken. Aber am Anfang muss diesem Abwärtstrend vorgebeugt werden. Hierfür gibt es für uns Politiker Hilfsmittel, wie z. B. die Sozialräumliche Gliederung. Mit Hilfe dieses Instrumentes kann man Straßenscharf sehen, wie z.B. die Altersstruktur der dort Lebenden ist und wie hoch der Anteil derjenigen ist, die soziale Hilfen benötigen. Es ist so möglich, schon frühzeitig Strukturen passgenau zu schaffen, um die Menschen in den Stadtteilen zu unterstützen.

Auch für die Jüngsten im Stadtteil kann man so ermitteln, ob genügend Betreuungsplätze, Spielplätze oder Jugendfreizeitangebote vorhanden sind. Sie offenbart aber auch, wo der entsprechende Sozialraum im Vergleich zu anderen steht. Diese Information ist gerade für Bauvorhaben in den Stadtteilen von großer Bedeutung. Man muss sich die Frage stellen, verkräftet ein Stadtteil ein mehr an sozialem Wohnungsbau oder muss gerade dieser vermieden werden. Die sozialräumliche Gliederung zeigt auch, wo steht der Stadtteil bei Angeboten für Senioren. Gibt es genug seniorengerechte Wohnungen, damit gerade die Älteren in den Stadtteilen verbleiben können und mit Hilfe von ambulanten Pflegediensten und/oder Tagespflegeplätze möglichst lange in den eigenen vier Wänden in gewohnter Umgebung bleiben können. Gibt es in einem Stadtteil genügend stationäre Pflegeplätze?



Mit diesen Fragestellungen dürfen wir uns in der Bezirksvertretung befassen und Stadtentwicklung aktiv mitgestalten. Das ist ein Privileg, welches mit Leben zu füllen ist. Das bedeutet aber auch, deutlich der Verwaltung gegenüber zu kommunizieren dass z.B. sozialer Wohnungsbau in bestimmten Stadtteilen eher kontraproduktiv ist und vielmehr ein Mix an Wohnungsbau geschaffen werden muss.

Selbstverständlich sollte dieser Mix auch Wohneigentum beinhalten. Denn Wohneigentum ist gerade für die Altersversorgung eine wichtige Säule!

BIRGIT SCHENTEK

Stellv. Kreisvorsitzende der Frauen Union Düsseldorf

Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk 6 Ratsfrau für Lichtenbroich/Unterrath-Ost

ANGELIKA PENACK-BIELOR

SICHER IN DÜSSELDORF LEBEN

Uns Kommunalpolitikerinnen beschäftigt das Thema Sicherheit in Düsseldorf sehr.

Wenngleich Pressemeldungen über Kriminalität Deutschlandweit Besorgnis auslösen, so ist die Betroffenheit, wenn Straftaten vor der eigenen Haustür passieren, dann überaus hoch.

Im Polizeibeirat der Stadt Düsseldorf, deren Vorsitzende ich bin, werden wir Ratsmitglieder über die polizeilichen Aufgabenbereiche in den Bereichen Kriminalität und Verkehr, wie auch über deren anderen Tätigkeiten, z.B. bei Demonstrationen, gut informiert.

Die Gefahr, in Düsseldorf Opfer eines schweren Verbrechens zu werden, ist gering. Auch sind in den meisten Stadtteilen Raubdelikte und andere Gewaltdelikte sehr selten.

Das subjektive Sicherheitsgefühl sagt oft etwas anderes aus, als es die tatsächliche Gefährdungslage hergibt.

Die Polizei kann aber nur Taten nachgehen und diese aufzuklären versuchen, die ihr angezeigt werden.

Der Appell lautet daher, nicht auf Anzeigen verzichten!

Ein Raddiebstahl, der nicht angezeigt wird, weil man denkt, dass der Täter ohnehin nicht ermittelt wird, geht nicht in die Statistik ein.

Mittelbar führt ein gesteigertes Anzeigeverhalten auch zu personeller Verstärkung der Polizei in den Bereichen, in denen die Deliktshäufigkeit zunimmt. Mehr Personal erhöht auch die Aufklärungsquote. Es ist nicht aufwendig, eine Strafanzeige zu erstatten, denn Strafanzeigen können bei der Polizei mittlerweile auch online erstattet werden.

Die Polizei ist ein guter Partner der Stadt Düsseldorf, aber in erster Linie ist die Polizei zum Schutz aller Bürgerinnen und Bürger da.



Durch kriminalpräventive Tätigkeit der Polizei, z.B. der Aufklärung über Sicherheitsmaßnahmen beim Einbruchschutz, sind manche Taten nicht begangen worden.

Es ist unser Ziel, gemeinsam Düsseldorf noch sicherer zu machen!

ANGELIKA PENACK-BIELOR

Beisitzerin im FU Kreisvorstand
Düsseldorf

Stellv. Vorsitzende der CDU Ratsfraktion
Düsseldorf

DARIA CELLE KÜCHENMEISTER

ARBEITSKREIS GESUNDHEIT – PFLEGE – SENIOREN

Am 23.09.2020 wurde der Kreisvorstand der Frauen Union Düsseldorf neu gewählt und ich gehöre seitdem diesem Gremium an.

In der ersten konstituierenden Sitzungen wurden verschiedenen Arbeitskreise eingerichtet. Hierzu gehörte auch der Arbeitskreis Gesundheit – Pflege – Senioren, dessen Leitung ich übernahm und zu dem meine Vorstandskolleginnen Angela Frankenhauser, Dr. med. Ulrike Hein Rusinek und Ines Hümmerich gehören. Am 26.02.2021 tagte erstmals dieser Arbeitskreis. Mit viel Tatendrang wurden relevante Themen für die Frauen Union Düsseldorf identifiziert.

Für den 29. Landesdelegiertentag der Frauen Union NRW am 19. Juni 2021 erarbeiten wir in diesem Arbeitskreis den Antrag zur „Psychischen Gesundheit als zentrales Thema der Gesundheit“. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Hier die verkürzte Version:



2. Voraussetzungen für präventive Behandlungsmöglichkeiten und entsprechende Kapazitäten, insbesondere auch von (Kurzzeit-) Therapieplätzen unter Einbeziehung des betriebsärztlichen Gesundheitssystems zu schaffen.

DARIA CELLE KÜCHENMEISTER

Beisitzerin im FU Kreisvorstand
Düsseldorf

Psychische Gesundheit als zentrales Thema der Gesundheit

Antragsteller: KV Düsseldorf

Beschlussvorschlag

Der 29. Landesdelegiertentag der Frauen Union Nordrhein-Westfalen bittet die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

1. Initiativen auf den Weg zu bringen, die das betriebliche Gesundheitsmanagement fördern, um insbesondere psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz frühzeitig erkennen zu können und

ANDREA HECK

EINE NEUBESINNUNG DES SCHULSYSTEMS MUSS HER!

Unwahrscheinlich viel! Über 90% des gesamten Erlernten, lernen Kinder in dieser Zeit, in dem sie sehen und sich herantasten, wie die Welt funktioniert. Das Lernen erfolgt also immer in einem Kontext von Familie oder Bezugspersonen, Menschen, die uns begleiten in dieser wichtige Phase des Lebens.

Kindern brauchen dazu Vorbilder, Menschen, die sie begleiten, die vormachen und zeigen. Diese Vorbilder befinden sich innerhalb der Familie und später oft in der Schule. Es ist bekannt, dass Grundschulkindern eine intensive Bindung zum Lehrer brauchen, um gut lernen zu können. Deshalb ist auch die Interaktion zwischen Schule und Elternhaus so wichtig!

Die Coronakrise hat von uns Familien ganz viel abverlangt. Wir sind Zeugen von monatelanger Laptop-Smartphone-Schule. Alle Beteiligten mussten traurig feststellen, dass das System Schule in Deutschland viel kaputter ist als gedacht. Wir sind Zeugen geworden von einem jahrelangen Mangel an Investitionen in Schulgebäude, in die Weiterbildung der Pädagogen, in die Digitalisierung der Schulen und vor allem von einem Mangel an „Bodenpersonal“, also an Lehrkräften. Laut Bertelsmann Studie fehlen im Jahr 2025 allein mindestens 26.000 Lehrkräfte in den Grundschulen. Eine Schieflage, die die Politik scheinbar nicht beheben kann, es aber unbedingt sollte.

Eine Neubesinnung ist hier dringend notwendig. Wir brauchen Schulen, die **genügend** gut ausgebildete Fachkräfte und die eine gute **Nachmittagsbetreuung** mit sinnvollen pädagogischen Konzepten haben. Nicht einfach nur



OGS, die zu Aufbewahrungsorten für Schüler degradiert werden, vor allem wegen des Mangels an geschultem Personal. Unsere Schulen brauchen eine durchdachte **Digitalisierung**, die sich intensiver in Richtung digitaler Bildung und Kompetenz entwickelt und sich nicht mit dem Erwerb von Tablets und drei Softwarepaketen für die Schulen zufriedener gibt. Wir benötigen auch eine **Elternmitwirkung**, die leichter, offener und transparenter ist. Die Strukturen bedürfen dringend einer Entbürokratisierung. Es kann nicht sein, dass es aus Datenschutzgründen nahezu unmöglich ist, die anderen Eltern oder die Lehrkräfte direkt zu kontaktieren, geschweige denn sich untereinander zu vernetzen, auch überregional.

Aber vor allem brauchen wir eine Schule, die die Kinder gut und sicher für die weiteren Schritte des Lebens vorbereitet. Die Schulbildung braucht höhere Standards.

Das schulden wir nicht nur unseren Kindern selbst, sondern auch unzähligen Unternehmen, die ansonsten zu wenige gut qualifizierte Azubis finden können oder die Unis, die zusätzliche Kurse anbieten müssen, um massive Wissenslücken der Studenten zu schließen. Man kann nur mit dem Kopf schütteln, wenn man liest, dass viele Schüler in Deutschland

beim Lesen von Texten Probleme haben und nicht zwischen Meinung und Fakt unterscheiden können. Das geht aus einer Sonderauswertung der aktuellsten Pisa-Studie von 2018 hervor, die von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Ende Mai 2021 veröffentlicht wurde. Im Vergleich zu anderen Ländern sind 15-Jährige Schülerinnen und Schüler in Deutschland auch weniger fit bei der Informationssuche im Netz. Zudem ist die Lust am Lesen in den vergangenen Jahren immer mehr zurückgegangen.

Die Coronakrise hat uns genau das gezeigt: Der Schulerfolg der Kinder hängt immer noch von dem Sozialstatus der Eltern ab und die Kinder aus sozialschwachen Familien bleiben die Verlierer in dieser Lage. Traurig.

Ein Neubeginn ist erforderlich. Die Schule der Zukunft soll an Qualität gewinnen und die Lernstandards sollen nicht (wie in der Vergangenheit) nach unten angeglichen werden.

Vielleicht ist die Einrichtung der ständigen wissenschaftlichen Kommission (Stäwiko), die demnächst in Bonn sitzt und die die Kultusminister in Zukunft in ungelösten Fragen bezüglich des gesamten Bildungssystems beraten soll, ein guter Schritt, um endlich eine proaktive, ruhige und familienfreundliche Schulpolitik zu gestalten.

ANDREA HECK

Beisitzerin im FU Kreisvorstand
Düsseldorf

Landesvorsitzende Elternverein
NRW

INFOS



Wenn Sie mehr erfahren möchten über die Arbeit der Frauen Union Düsseldorf oder regelmäßig über Veranstaltungen informiert werden möchten, dann schreiben Sie gerne eine Mail an:

info@frauenunion-duesseldorf.de

oder noch einfacher, rufen Sie uns einfach an unter:

0211 165 35 06

Herausgeber:
Frauen Union Düsseldorf
c/o CDU Düsseldorf
Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf



Frauen Union
CDU Düsseldorf

AUF EIN WORT